

»Friedensschluß im Stenographenkrieg?«¹

Im Mai 1925 wurde dem Reichstag die *Denkschrift über die Verhandlungen zur Herbeiführung einer Deutschen Einheitskurzschrift im Reichsministerium des Innern in den Jahren 1907 bis 1924* vorgelegt. In der Einleitung der *Denkschrift* wird die Bedeutung dieser in langwierigen Verhandlungen erzielten Einigung hervorgehoben:

Die viele Jahre umfassenden Verhandlungen zur Schaffung einer Einheitskurzschrift sind zu einem Abschluß gebracht worden, das Deutsche Volk hat neben seiner einheitlichen Sprache und Schrift eine einheitliche Kurzschrift erhalten. Die Tatsache bildet einen Markstein in der Entwicklung des deutschen Schriftwesens: die Kurzschrift wird einen zur Zeit in seinen mannigfachen Auswirkungen noch nicht zu übersehenden Aufschwung nehmen und damit die Langschrift zwar nicht verdrängen, aber doch in ihrer Anwendung beschränken. Das bedeutet eine erhebliche Ersparnis an Zeit und Arbeitskraft im Wirtschaftsleben, im behördlichen Verkehr, sowie im gesamten öffentlichen und privaten Leben. Es entspricht der Bedeutung des geschaffenen Werkes, dem Reichstag die Gründe, die zur Schaffung der »Deutschen Einheitskurzschrift« geführt haben, und den schwierigen Weg ihres Werdens darzulegen.²

Zwar war es dem Reichsminister des Innern am 20. September 1924 gelungen, »die erforderliche Zustimmung aller Länder ebenso wie die der beteiligten Reichsresorts« zur Entwurf einer Einheitsstenografie herbeizuführen³, doch war damit noch längst nicht der Friedensschluss zwischen den Stenografieschulen erreicht.

Nicht überall waren die Zweifel an der Einführung der Einheitskurzschrift beseitigt. In der *Deutschen Stenographen-Zeitung* war zu lesen, der »ganze Stolz-Schreysche Blätterwald ist durchschüttelt von dem tobenden Sturm gegen das »Zwangssystem«.⁴ Aus Berlin meldete der *Rosenheimer Anzeiger* im April 1925: »Wachsende Opposition gegen Reichskurzschrift«.

1 L. 1924, S. 1

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Schaidle 1925, S. 7

Dem Bildungsausschuß des Reichstags lag ein Antrag von deutschnationaler, deutschvolksparteilicher und bayerisch-volksparteilicher Seite vor, der die Reichsregierung ersucht, im Einvernehmen mit den Ländern die zur Einführung der ›Einheitskurzschrift‹ getroffenen Maßnahmen so lange auszusetzen, bis der für die Prüfung des Systems eingesetzte Länderausschuß das Einheitssystem überprüft und gegebenenfalls geändert hat!⁵

Ebenfalls im April 1925 findet sich eine ähnliche Meldung in der *Tagespost* aus Linz, in der davon berichtet wird,

daß seit Oktober 1924 in ganz Deutschland die Opposition gegen die Reichskurzschrift immer größer wird. So haben die Vertreter des weitverbreiteten Systems Stolze-Schrey ebenso wie die Nationalstenographen (System Kunowsky) und die Faulmannianer die neue Reichskurzschrift einmütig abgelehnt, weil sie infolge ihrer schweren organischen Mängel weder zur Einführung in die Schulen, noch zur allgemeinen Verkehrs- oder Geschäftsschrift geeignet sei.⁶

In Österreich meldeten sich Stimmen zu Wort, die darauf hinwiesen, eigentlich sei Preußen der einzige Staat, dem »die so plötzlich mit Zwang eingeführte Einheitskurzschrift, die im Jahre 1922 allgemein abgelehnt worden war«, am meisten »zustatten« käme.

Nur in Preußen standen die beiden großen Systeme Gabelsberger und Stolze-Schrey einander fast gleich gegenüber und nur hier mag es unangenehm empfunden worden sein, daß in den Ämtern Anhänger beider Systeme nebeneinander amtierten. – In den übrigen Ländern, nämlich Bayern, Sachsen, Braunschweig, Thüringen und außerhalb des Deutschen Reiches in Deutschösterreich und im deutschen Gebiete der Sudetenländer ist das System Gabelsberger bereits zur Einheitskurzschrift geworden.⁷

Wie der Autor des hier zitierten Beitrags aus dem *Grazer Tagblatt* im Weiteren zum Ausdruck bringt, spielten seiner Meinung nach für die Ablehnung bzw. Befürwortung der Einheitskurzschrift politische Einstellungen eine Rolle.

Für Deutschösterreich ist gar kein Bedürfnis vorhanden, die deutsche Einheitsstenographie einzuführen, da hier das System Gabelsberger als Einheitskurzschrift festen Boden erlangt hat. Es ist daher auffallend, daß sich der ›Deutschösterreichische Stenographenbund‹ und der ›Arbeiter-Stenographenbund‹, beide in Wien,

5 Rosenheimer Anzeiger vom 06.04.1925, S. 2

6 (Linzer) Tages-Post vom 21.04.1925, S. 9

7 Hübler 1924, S. 5

für die Einheitsstenographie sofort ausgesprochen haben. Ob nicht parteipolitische Gründe maßgebend sind?⁸

Im *Grazer Volksblatt* hieß es im Mai 1925: »Es ist tief bedauerlich, daß man das hehre Erbe Meister Gabelsbergers bei uns in Österreich unter dem Titel des Anschlusses an Deutschland der Einheitskurzschrift opfern will.«⁹ Dem Redner auf der Jahreshauptversammlung des »Deutschen Gabelsberger-Stenographenverbandes in Oberösterreich« wurde andererseits brausender Beifall »zuteil«, als er am Ende seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck gab, »daß auch die Einführung der Einheitskurzschrift in Österreich bald kommen möge, da wir als Teil des deutschen Volkes nicht zurückstehen wollen, denn: Ein Volk eine Sprache – eine Stenographie«.¹⁰

In Wien und in anderen Orten fanden Kundgebungen gegen die »zwangsweise Einführung einer neuen Kurzschrift« statt, da Österreich »in der Gabelsbergerschen Stenographie ohnedies ein im Unterricht und in der praktischen Anwendung seit langem bestbewährtes Einheitssystem habe«.¹¹

Letztlich wurde in der Republik Österreich das Deutsche Einheitskurzsystem vom Schuljahr 1926/27 an eingeführt. In den Erklärungen des österreichischen Bundesministeriums für Unterricht war schon zuvor davon die Rede, dass man »sich aus praktischen ideellen Gründen der Notwendigkeit eines Anschlusses an die Einheitskurzschrift bewußt [sei]«.¹²

Politische Bewertungen fanden sich auch in Deutschland, wenn es um die Einheitskurzschrift ging. Wobei die Parteinahme für die Einführung bzw. Ablehnung der Einheitskurzschrift nicht eindeutig politischen Lagern zuzuordnen war.

Im *Vorwärts*, dem »Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands«, wurde die Einheitskurzschrift als ein Kompromiss zwischen Stolze-Schrey und Gabelsberger, »zwischen den beiden Systemen, die die Mehrzahl der Stenographiebeflissenen auf sich vereinigen«, beurteilt. Dabei sei »ein völlig neues System entstanden, von dem wohl noch niemand sagen kann, ob es den auf seine Verwendbarkeit gesetzten Erwartungen entsprechen wird«.¹³

Der Bremer »Arbeiterstenographenverband Stolze-Schrey« wiederum erhob in einem Schreiben an den Staatssekretär Heinrich Schulz, der von 1919 bis 1924 die Verhandlungen zur Einführung der Einheitskurzschrift geleitet hatte, den Vorwurf, das eingeführte »Einheitssystem« könne nicht zum »Allgemeingut des

8 Ebd.

9 Dietrich 1925, S. 2

10 (Linzer) Tages-Post vom 28.10.1924, S. 4

11 Wiener Landwirtschaftliche Zeitung vom 20.06.1925, S. 214

12 Salzburger Chronik für Stadt und Land vom 12.06.1925, S. 5

13 Vorwärts vom 22.10.1924, S. 5

Volkes« werden, da es den Anforderungen an Einfachheit nicht genüge. Dem Schreiben des »Arbeiterstenographenverbandes« war zu entnehmen, dass man die Ursache dafür darin sah, »daß an dem Zustandekommen dieses Systems als Reichskurzschrift Wissenschaftler beteiligt [waren], denen man eine reaktionäre Gesinnung nachrühmt«.¹⁴

Abb. 42: Alle Zweifel über die Einführung der Einheitskurzschrift beseitigt

Die Reichskurzschrift. Wie der Landesverband Gabelsberger'scher Stenographen-Vereine Bayerns mitteilt, sind alle Zweifel über die Einführung der Einheitskurzschrift beseitigt. Die Vereine werden dringend gebeten, die Unterrichtstätigkeit nach der Einheitskurzschrift unablässig fortzusetzen. Weder die bayerische Regierung, noch die übrigen Länderregierungen würden irgendwelche Änderungen an der Einheitskurzschrift in den nächsten Jahren zulassen.

Rosenheimer Anzeiger vom 25./26.04.1925, S. 4

Der Staatssekretär Schulz, Mitglied der SPD, weist diesen Vorwurf als Unterstellung zurück. »Weder hat das Bekenntnis zu einem der vielen Stenographiesysteme irgend etwas mit einem politischen Bekenntnis zu tun, noch habe ich mich in irgendeinem Zeitpunkt meiner Tätigkeit für die Einheitskurzschrift von irgendwelchen parteipolitischen Erwägungen leiten lassen.«¹⁵ Die Redaktion des *Vorwärts* unterstützte in dieser Kontroverse die Auffassung des »Genossen Schulz«:

Auch wir halten es für eine nur aus dem Fanatismus der Stenographen zu erklärende Torheit die politischen Auffassungen mit der Stellung zu einem stenographischen System oder gar zur Einheitskurzschrift zu verquicken. Wir sind davon überzeugt, daß es Anhänger aller Parteirichtungen, also auch Sozialdemokraten, in allen bestehenden stenographischen Systemen, wenigstens in den größeren gibt. [...] Wir erfahren ferner, daß sich die österreichischen Arbeiterstenographen, die auf dem Boden Gabelsbergers stehen, mit großer Lebhaftigkeit für das Zustandekommen einer Einheitskurzschrift ausgesprochen haben. Bei der politischen Ueberzeugung handelt es sich um bestimmte theoretische, mit der Weltanschauung und dem Charakter des einzelnen verbundene Grundsätze, bei der Stenographie

14 Vorwärts vom 01.03.1925, S. 19

15 Ebd.

lediglich um äußere, nach reinen Nützlichkeitsabwägungen zu verwertende Re-
de- und Schriftzeichen.¹⁶

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen dem Bremer »Arbeiterstenographenverband Stolze-Schrey« und dem Staatssekretär Schulz zitiert der *Vorwärts* zustimmend ein Schreiben der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a.M./Hanau an die Städtische Schulverwaltung, in der unabhängig von dem gewählten System die Einheitskurzschrift als solche aus wirtschaftlicher Sicht begrüßt wird.

Wir halten es zwar nicht für unsere Aufgabe, zu dem Streit der Systeme Stellung zu nehmen, möchten aber nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß wir die Einheit auf dem Gebiete der Kurzschrift für einen solch wesentlichen Fortschritt halten, daß demgegenüber die behaupteten Mängel der von dem Reich und den Ländern gebilligten Einheitskurzschrift füglich unbeachtet bleiben können. Für Industrie und Handel ist eine einheitliche Kurzschrift von höchster Bedeutung. Die Wirtschaft muß Wert darauf legen, daß ihr möglichst bald Angestellte zur Verfügung stehen, die der Einheitskurzschrift kundig sind. Zweifellos werden in Zukunft derart vorgebildete Angestellte bevorzugt werden und es wird für diejenigen, die an die Erlernung der Kurzschrift herangehen, verlorene Zeit und Mühe sein, wenn sie jetzt noch in anderen Systemen ausgebildet würden.¹⁷

Übereinstimmend damit wird in einer Stellungnahme der deutschen Industrie die Einführung der Einheitskurzschrift als »ein weiterer Markstein auf dem Wege der Gesundung unseres geistigen und wirtschaftlichen Lebens« bezeichnet.¹⁸ In der *Freiheit*, einer Parteizeitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, war schon 1922 ein Beitrag erschienen, in dem darauf hingewiesen wurde, dass die »Einheitsstenographie eine neue Zukunft des Schreibwesens eröffnet«.

Mit der neuen Einheitskurzschrift wird vor allem die Bahn frei gemacht werden für das Erlernen der Kurzschrift an den Schulen. Damit aber wird die Kurzschrift aus der Isolierung, in die sie bisher durch den Konkurrenzkampf der Systeme hineingedrängt war, herausgehoben und zu einer Verkehrsschrift gemacht, die zwar nicht unsere gewöhnliche Kurrentschrift verdrängen wird, aber zum mindesten dieselbe kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung erhält wie sie. Nicht mit Unrecht ist darauf hingewiesen worden, daß die Einheitsstenographie eine neue Zukunft des Schreibwesens eröffnet. Ist sie erst einmal Allgemeingut geworden,

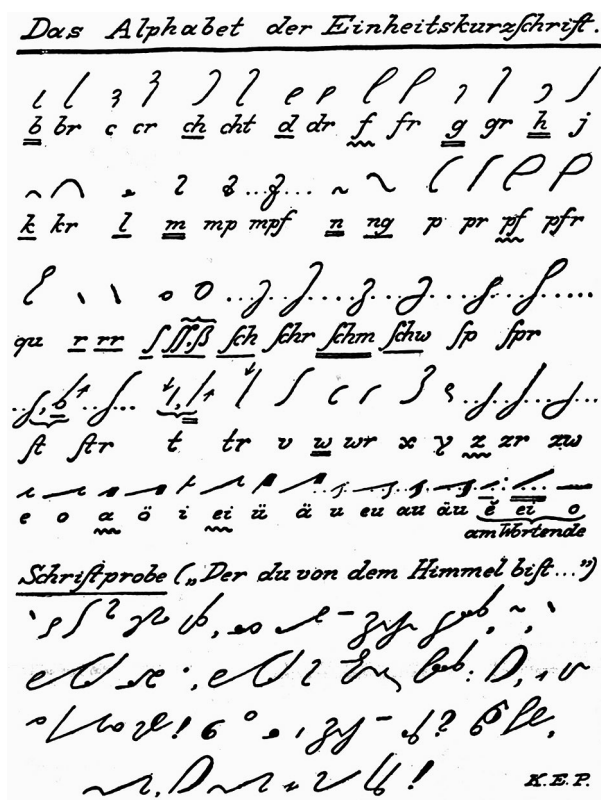
16 Ebd.

17 Ebd. S. 20

18 Denkschrift 1925, S. 22

so bedeutet sie nicht nur Papier- und Porto-, sondern auch Kraft- und Zeitersparnis, die mit ca. 60 Prozent nicht zu gering eingeschätzt werden. Wird die Vorbedingung dazu erfüllt, d.h. die Stenographie als Pflichtfach in den Schulen eingeführt, so bedeutet sie für die Zukunft, im gesamten brieflichen Verkehr mit Anverwandten, Geschäften und Behörden eine zahlenmäßig überhaupt nicht zu erreichende Ersparnis.¹⁹

Abb. 43: Die neue deutsche Reichskurzschrift²⁰



1. Beilage des Vorwärts vom 22.10.1924, S. 5

19 O. M. 1922, S. 2

20 Erläuterung zur Abbildung: »In der Reichskurzschrift sind die in unserer Skizze einfach unterstrichenen Zeichen von Gabelsberger, die wellig unterstrichenen von Stolze-Schrey übernommen. Die doppelt unterstrichen Zeichen waren beiden Systemen eigen. Alle anderen Buchstaben sind neu.« (1. Beilage des Vorwärts vom 22.10.1924, S. 5)

Im November 1925 fand sich in der *Arbeiter-Jugend*, der Monatsschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, ein kurzer Artikel mit dem Titel »Etwas über die Einheitsstenografie«. In diesem Artikel erläutert Friedrich Kleeis seiner Leserschaft noch einmal mit Blick auf die Vielzahl unterschiedlicher Stenografiesysteme die zwingende Notwendigkeit, eine Einheitsstenografie einzuführen. Die Absicht, die der Verfasser damit verfolgt, ist es, den »Jugendgenossen« deutlich zu machen, wie wichtig es wird, die Einheitsstenografie zu erlernen bzw. sich auf die Einheitsstenografie umzustellen, denn in »ein bis zwei Jahren«, so Kleeis, »wird die Einheitsstenographie nicht nur bei Behörden, sondern auch in Handel und Industrie eingeführt sein und von den Angestellten verlangt werden«.²¹

21 Kleeis 1925, S. 354 – Friedrich Kleeis, geb. 1871, war gelernter Tischler, wurde 1910 Arbeitersekretär und Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Halle/S., übernahm 1919 die Städtische Rechtsauskunftsstelle in Halle/S., verfasste zahlreiche Publikationen zur Sozial- und Arbeitergesetzgebung. (Vgl. Tennstedt 1981, S. XV ff.)

